

**Fraktion im Kreistag
des Landkreises Ravensburg**

Herrn Landrat Sievers
Kreistag Ravensburg

Liv Pfluger, Fraktionsvorsitzende

88212 Ravensburg

Ravensburg, 6.12.2019

Antrag an den Kreistag Ravensburg:
Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragen:

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten um 50 Prozent auf eine Vollzeitstelle aufzustocken.

Begründung:

Der Landkreis Ravensburg ist der zweitgrößte Flächenlandkreis, mit einer hohen Zahl an mittleren und kleineren Gemeinden. Um hier eine adäquate Koordination und Unterstützung zu gewährleisten ist dieser Stellenumfang notwendig. ChancenG § 26 Aufgaben und Rechte: „Die Beauftragten ...wirken Behörden intern auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Familie, Beruf und Verwaltung hin. Neben diesen behördeninternen Aufgaben obliegt es darüber hinaus den Beauftragten..., die gesellschaftliche Position der Frauen zu stärken und zu fördern. Die Gemeinden, Stadt- und Landkreise werden von ihrer Beauftragten ... in Fragen der Gleichstellungspolitik beraten. ... Zudem nehmen die Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise neben ihren eigenen Aufgaben die Koordination der mit den Gleichstellungsfragen befassten Personen oder Organisationen bei den kreisangehörigen Gemeinden wahr.“ Das ChancenG spricht weiter in § 24 Kommunale Gleichstellungspolitik davon, dass die Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip in allen kommunalen Aufgabenbereichen berücksichtigt sowie inhaltlich und fachlich begleitet wird.

Diese vielfältigen Aufgaben können mit einem Stellenanteil von nur 50 Prozent nicht erfüllt werden. Wie soll die Stelleninhaberin mit nur 25 Prozent (externer Anteil) von Wilhelmsdorf bis Leutkirch aktiv für die kommunale Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik stehen, Projekte, Aktionen und Unterstützung der kleineren Gemeinden stemmen?

Um gestalterisch, aktiv und agierend tätig sein zu können, halten wir einen Stellen Umfang von 100 Prozent für unbedingt erforderlich.

Die Kosten werden zu 50 Prozent vom Land Baden-Württemberg getragen. „Für die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragte nach Absatz 1 übernimmt das Land anteilig die Kosten in Höhe von 50 Prozent.“

Für die Kreistagsfraktion der Grünen

Liv Pfluger
Fraktionsvorsitzende

Carmen Kremer
Kreisrätin